



BERLININFO

NR. 6

31. März 2017



Mechthild Heil MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



www.mechthild-heil.de | www.facebook.com/MechthildHeil

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Woche hat Großbritannien den Austritt aus der Europäischen Union beantragt. Bis 29. März 2019 ist nun Zeit, um über den Austritt zu verhandeln. Es ist schade, dass uns die Briten verlassen. Wir müssen aber die Entscheidung der Wähler respektieren. Man verlasse jetzt die EU, aber nicht den Kontinent, so sagte es die britische Regierungschefin Theresa May am Mittwoch. Beiden Seiten sollte weiterhin an freundschaftlichen Beziehungen gelegen sein.

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227 77040
Fax (030) 227 76423

Ihre

Hohe Bedeutung für heimische Landwirtschaft : Bienenkonferenz in Berlin

Passend zum schönen Wetter startete am Dienstag die Internationale Bienenkonferenz in Berlin. Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt betonte auf der Eröffnungsveranstaltung die Bedeutung der Honigbienen für die heimische Landwirtschaft. Hätten Sie gewusst, dass 80% der heimischen Pflanzen auf die Bestäubung durch Bienen angewiesen sind? Grund genug sich mit Themen wie Bienengesundheit, Nahrungsangebot und aktuellen Problemen zu befassen. Immer wieder sind beispielsweise neonicotinoidhaltige Pflanzenschutzmittel wegen ihrer negativen Wirkung auf Bienen in den Medien. Daher hat Minister Schmidt bereits im vergangenen Sommer eine entsprechende Verordnung unterschrieben. Dadurch wurde die Saatgutbehandlung mit diesen Wirkstoffen von für Bienen attraktiven Pflanzen untersagt und auch eine Einfuhr und den Handel mit solchem Saatgut verboten.



Praktikumsbericht von Svenja Schmid

Mein Name ist Svenja Schmid, ich bin Lehramtsstudentin der Politikwissenschaft in Konstanz und habe die Gelegenheit zur Halbzeit meines vierwöchigen Praktikums im Abgeordnetenbüro von Frau Heil zu berichten. Ich wurde von Frau Heil und ihren Mitarbeitern herzlich empfangen und fühlte mich in ihrem Team direkt willkommen. Die letzten beiden Sitzungswochen waren sehr ereignisreich. Ich durfte Frau Heil und ihr Büro-Team zu verschiedenen Terminen, der Arbeitsgruppen- und Ausschusssitzungen für Recht und Verbraucherschutz und Ernährung und Landwirtschaft, sowie zu Treffen mit Interessenvertretern begleiten. Natürlich durften in dieser Zeit die Besuche im Plenum nicht fehlen, dabei waren die Debatten zur Pkw-Maut und zum EU-Austritt Großbritanniens am spannendsten. Außerdem konnte ich in dieser Zeit am Praktikantenprogramm der CDU/CSU-Bundestagsfraktion teilnehmen, das interessante Diskussionsrunden mit bekannten Politikern und Besichtigungen der Gebäude des Bundestages und Bundesrates bot. Ein Höhepunkt dabei war eine Diskussionsrunde mit dem Bundestagspräsidenten Norbert Lammert, der uns zum Thema Parlamentarismus Rede und Antwort stand. Ich habe auch viele interessante Einblicke in den Büroalltag von Frau Heil und ihrem Team bekommen.



Mein Zuständigkeitsbereich erstreckte sich von einem Entwurf für ein Verbrauchervideo, über die Recherche zur Beantwortung von Bürgeranfragen, bis hin zur Berichterstattung über den Kongress der Fraktion zum Thema „Mut zur Zukunft: Innovationsstandort Deutschland“. In den letzten beiden Wochen habe ich den politischen Alltag von einer anderen Seite kennengelernt. Diese Erfahrung stellt eine große Bereicherung für meine spätere Tätigkeit als Politiklehrerin dar. Deshalb möchte ich mich an dieser Stelle recht herzlich für diese Möglichkeit bei Frau Heil und ihrem Team bedanken.

Die Fähigkeit zur Innovation entscheidet über unser Schicksal

Digitalisierung und autonomes Fahren - die moderne Welt verändert sich schnell. "Deutschland gehört zu den innovativsten Staaten der Welt" verkündet Angela Merkel am Mittwochnachmittag bei dem Kongress "Mut zur Zukunft: Innovationsstandort Deutschland" der CDU/CSU Fraktion. Denn der deutsche Mittelstand birgt viele Weltmarktführer. Weiter betont sie, dass wir uns in den vergangenen 20 Jahren die Worte des Altbundespräsidenten Roman Herzog, dass die Fähigkeit zur Innovation, unser Schicksal entscheidet, zu Herzen genommen haben. Deutschland hat das drei-Prozent-Ziel zu Investitionen in Bildung und Forschung erreicht. Sie wurden von 6 Milliarden Euro 2005 auf 17,6 Milliarden Euro in 2017 gesteigert. Deutschland belegt damit momentan den vierten Platz im internationalen Vergleich. Die Kanzlerin lobte diese Position, Deutschland habe damit nicht nur Verlässlichkeit gezeigt, sondern auch die Basis für eine erfolgreiche Zukunft geschaffen. Die Herausforderung ist nun, diesen Spitzenplatz beizubehalten. Dazu ist es wichtig neugierig zu bleiben und sich nicht auf den Lorbeeren der Gegenwart auszuruhen. Wir müssen unsere Stärken weiter stärken, innovative Ideen fördern und ebenso neue Branchen erschließen. Im Zentrum der Diskussion von Unternehmensvertretern und Unionsabgeordneten stehen vor allem das Thema steuerliche Forschungsförderung, das in der nächsten Legislaturperiode in Angriff genommen werden soll. Flexibilität, Akzeptanz und Technologiefreundlichkeit gilt es dabei ebenso zu fördern. Die Politik kann in diesem Bereich zwar die Weichen stellen, jedoch ist es letztendlich ein Gemeinschaftsprojekt von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik diesen internationalen Spitzenplatz zu sichern.



Das Saarland weist erfolgreichen Weg

Der Wahlsieg am Wochenende ist ein guter Auftakt für uns ins Wahljahr. Wir begrüßwünschen die CDU im Saarland mit Annegret Kramp-Karrenbauer an der Spitze zu ihrem eindrucksvollen Ergebnis. Das Wahlergebnis ist nicht nur Beleg für eine gute Ministerpräsidentin, sondern es zeigt, dass die meisten Bürger einer stabilen, sicheren Regierung eher zutrauen, die Zukunft gut zu gestalten als einem rot-roten Experiment.

Es war offenkundig ein Fehler der SPD, ihre bisherige Linie im Saarland aufzugeben und nach allen Seiten offen zu sein. Das haben ihr die Bürgerinnen und Bürger nicht durchgehen lassen. Die SPD muss nun erklären, wie sie es mit der Linkspartei im Bund hält, die die Nato auflösen und die russische Aggression gegen die Ukraine einfach hinnehmen will. Leitfiguren der Linken wie Sahra Wagenknecht lassen keine Zweifel daran, dass sie ein anderes Deutschland wollen: Ohne solide Haushaltsführung, ohne innere Sicherheit, Bleiberecht für alle statt Ausweisung krimineller Zuwanderer. Wir als Union haben eine klare Position: Wir koalieren weder mit den Populisten von links noch von rechts. Von dieser Klarheit ist die SPD weit entfernt.

Eines belegt das Ergebnis im Saarland auch: Die Prognosen werden schwieriger, denn kaum einer von uns hätte ein solches Ergebnis erwartet. Dies liegt sicher daran, dass drei von vier Meinungsforschungsinstituten ein Kopf-an-Kopf-Rennen von CDU und SPD prognostizierten. Das

zeigt uns allen, aber gerade den Wahlkämpfern in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, dass wir uns von Umfragen nicht zu stark beeinflussen lassen, sondern mit Zuversicht und innerer Haltung für unsere Position werben sollten.

Wir arbeiten weiter für Deutschland

Es sind von nun an noch rund sechs Monate bis zur Bundestagswahl, das ist ein langer Zeitraum. Daher wollen die Spitzen der Koalition in dieser Woche im Koalitionsausschuss klären, welche Vorhaben wir noch in den kommenden Monaten umsetzen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger.

Es gibt Themen, die kein Abwarten dulden: Wir müssen dringend etwas gegen den wiederholten Sozialbetrug im Asylsystem tun. Wer unter mehreren Identitäten sich Geldleistungen erschleicht, verwirkt unsere Gastfreundschaft und muss unser Land wieder verlassen. Hier drängen wir auf eine klare Regelung im Ausländer- und Asylrecht. Wieso wiederholter Diebstahl zu leichterem Abschiebung führen soll, wiederholter Sozialbetrug aber nicht, kann man den Bürgern im Land nicht erklären. Zudem müssen wir Einbrecher härter bestrafen: Wenn Täter in Wohnungen einbrechen, hat das oft traumatische Folgen für die Opfer. Dieser Eingriff in die Privatsphäre ist kein Kavaliersdelikt. Wir wollen, dass Wohnungseinbrecher mindestens eine einjährige Freiheitsstrafe erhalten. Die SPD muss jetzt klar sagen, ob sie die Bürger oder die Einbrecher schützen will.

Maritime Wirtschaft weiter stärken

Die Leistungsfähigkeit der maritimen Wirtschaft ist für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zwingende Voraussetzung, da der überwiegende Teil des interkontinentalen Warenaustauschs über den Seeweg läuft. In der Branche mit Schiffbau und Meerestechnik, Schifffahrt, Häfen und Logistik, Offshore-Windindustrie und maritimer Sicherheit arbeiten etwa 400.000 Menschen. Die maritime Industrie umfasst gut 2.800 Unternehmen, ist überwiegend mittelständisch geprägt und verteilt sich über ganz Deutschland.

Die Herausforderungen sind groß und reichen von der internationalen Schifffahrtskrise über das Finden von Fachpersonal, den Klima- und Umweltschutz bis hin zur fortschreitenden Digitalisierung und Automatisierung der Wirtschaft. Wir unterstützen daher die von der Bundesregierung beschlossene „Maritime Agenda 2025“. Wir wollen die maritime Technologieführerschaft sichern, neue Zukunftsmärkte erschließen, die maritime Energiewende voranbringen und die Chancen von Industrie 4.0 auch auf diesem Sektor nutzen. Schließlich müssen auch in diesem Bereich Investitionen schnell realisiert werden. Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit und Nutzerfreundlichkeit müssen bei Planungen als berechtigte Allgemeininteressen in einen Ausgleich gebracht werden. Wenn eine kleine Pflanze die Elbvertiefung vor dem Hamburger Hafen deutlich verzögert, stellt sich schon die Frage, ob die Gesetze diesen Interessenausgleich nicht besser widerspiegeln müssen.

Härtere Strafen für Wohnungseinbruch – CDU setzt sich für mehr Sicherheit ein

Am Mittwoch hat sich der Koalitionsausschuss darauf geeinigt, den Einbruch in eine Privatwohnung künftig mit einer Mindeststrafe von einem Jahr zu ahnden. Gleichzeitig werden auch die Ermittlungsmaßnahmen durch die mögliche Speicherung von Telekommunikationsdaten erleichtert. Wer Opfer eines Wohnungseinbruches wird erleidet nicht nur materiellen Schaden, die Opfer sind oftmals traumatisiert und fühlen sich in der eigenen Wohnung nicht mehr sicher. Durch die Erhöhung des Strafmaßes und die Abschaffung des „minder schweren Falls“ setzen wir ein klares Zeichen für mehr Sicherheit der Bürger in den eigenen vier Wänden und zum Schutz des Eigentums. Die höheren Strafen dürften auch eine deutlichere Abschreckungswirkung auf potentielle Täter haben. Ich bin froh, dass wir diesen Schritt auch in Verbindung mit einer Verbesserung der Ermittlungsbefugnisse unserer Polizei gehen. Dies ist der richtige Weg und ich freue mich, dass es uns gelungen ist die SPD in diesem Fall zu überzeugen. Zukünftig darf die Polizei auch beim Wohnungseinbruchsdiebstahl auf die Telekommunikationsdaten zuzugreifen. Bislang war dies nur beim schweren bandenmäßigen Wohnungseinbruchsdiebstahl möglich. Häufig ist aber zu Beginn der Ermittlungen nicht bekannt, ob es sich um einen einfachen oder einen bandenmäßigen Wohnungseinbruchsdiebstahl handelt. Durch die Änderungen sollen die Anzahl der Ermittlungserfolge, insbesondere durch organisierte Einbrecherbanden, erhöht und somit auch zukünftige Taten verhindert werden.



Daten und Fakten

Reallöhne in Deutschland verzeichnen starken Anstieg. Wie das endgültige Ergebnis der vierteljährlichen Verdiensterhebung des Statistischen Bundesamtes belegt, ist der Reallohnindex im Jahr 2016 das dritte Mal in Folge stark gestiegen. Während der Reallohnindex um 1,8 Prozent zunahm, stiegen der Verbraucherindex im selben Zeitraum um 0,5 Prozent und der nominale Verdienst um 2,3 Prozent. Zudem setzt sich mit dieser positiven Entwicklung ein Trend fort, von dem vor allem Beschäftigte mit eher unterdurchschnittlichen Verdiensten überdurchschnittlich profitieren können. Hohe nominale Zuwächse des monatlichen Bruttoverdienstes können hierbei vor allem ungelernete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einer Steigerung von 3,1 Prozent, geringfügig Beschäftigte mit 3,6 Prozent, Teilzeitbeschäftigte mit 2,8 Prozent und Vollzeitbeschäftigte mit 2,2 Prozent verzeichnen. Den größten Branchenzuwachs von 3,5 Prozent nominalem Lohnanstieg wies das Gastgewerbe als Branche mit den geringsten Bruttoverdiensten aus.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Deutsche Elektroindustrie trotz unsicherem weltwirtschaftlichem Umfeld. Ungeachtet der weltwirtschaftlichen Entwicklung im vergangenen Jahr trotzte die deutsche Elektroindustrie diesem Trend. Die deutsche Elektrobranche, welche rund 847.000 Menschen beschäftigt und ein Siebtel aller gesamtwirtschaftlichen deutschen Exporte einnimmt, legte hinsichtlich der um Preiseffekte bereinigten Produktion um 1 Prozent zu. Den größten Anstieg der Erlöse registrierte die Elektrosparte der Medizintechnik mit einem Plus von 6 Prozent. Zusammengefasst belief sich der Branchenumsatz 2016 auf 179 Mrd. Euro und legte dabei im Vergleich zum Vorjahr um 1 Mrd. Euro zu. So konnte die deutsche Elektroindustrie das dritte Mal in Folge einen Exportrekord erzielen. Hinzu kommt, dass die Elektroindustrie mit ihren Brancheninvestitionen für Forschung und Entwicklung von rund 17 Mrd. Euro einen großen Beitrag für die digitale Transformation der Wirtschaft leistet.

(Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung)